

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz
Vollst. - Post: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Ercheinungswelle (freiwillig): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 28/11—2/12 1923: In Sorau in den Ausgabeblättern 50 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, auf dem Lande in den Ausgabeblättern der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 50 Goldpfennig, der weiter gelegenen 55 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, durch die Post bezogen monatlich: frei- stehend. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Aus- sperrung hat der Bezüher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 9spaltige Anzeigenseite für Stadt und Kreis Sorau je Milli- meterhöhe 3 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig. Im Restmetzeil die 4spaltige Anzeigenseite je Millimeterhöhe 7 1/2 Goldpfennig, auswärts 12 1/2 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erliszt jeder Anspruch auf den Rabatt.

Nummer 281.

Sonnabend, den 1. Dezember 1923

113. Jahrgang

Abgeordneter Marx bildet das Kabinett.

Ein neues Bild im Kaleidoskop der Hilfslosigkeit, an dem der bankrotte Parlamentarismus nun schon eine Woche lang herumdröhnt: Die Koalition Marx. Der Abgeordnete Stegerwald hat dem Reichspräsidenten am Donnerstag vormittag mitgeteilt, daß er die Regierungsbildung ablehne. Für den Bürgerkrieg, der die Grundlage der Regierungsbildung unter Stegerwald bilden sollte, war zwar allgemein Stimmung vorhanden, die Sache schiederte aber schließlich an den Demokraten und dem linken Flügel des Zentrums, die dem begrifflichen Wunsch der Deutschnationalen — der auch der Wunsch der überwiegenden Mehrheit im Lande ist — nun auch ganze Arbeit zu machen und auch in Preußen eine bürgerliche Regierung sicherzustellen.

Alles in allem, Blankfoligkeit und Kalkülteil in innigem Verein mit parteipolitischer Verbobtheit im Dauerzustande! Wie unglücklich verfahren die ganze Situation ist, das erläutern die beiden (weiter unten wiedergegebenen) Dokumente, die Reichspräsident Ebert erhalten hat, das Schreiben des Reichsfinanzministers Dr. Luther und der Brief der Deutschnationalen. Sie bezeichnen scharf den ungeheuren Ernst der Lage und sind gleichzeitig eine Warnung und Warnung. Wird diese Warnung jetzt endlich gehört werden?

Am Laufe des Donnerstags-Nachmittags blieb die Lösung der Regierungskrise noch immer eine Frage. Die deutschnationale Fraktion des Reichstages erklärte, daß sie nach Ablehnung ihres Verlangens, die große Koalition in Preußen entsprechend zu ändern, keine Möglichkeit mehr habe, sich an einem Kabinett Stegerwald zu beteiligen, denn eine wirklich nationale Politik im Reich erscheine undurchführbar, wenn die sozialdemokratische Partei in der Regierung vertreten sei. Daraus war das Kabinett Stegerwald als erledigt zu betrachten. Herr Stegerwald hat dem auch dem Reichspräsidenten erdgültig seinen Verzicht mitgeteilt. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien ließen nunmehr fortgesetzt werden. Im Vordergrund stand die Bemühung des Zentrumsvorsitzenden Marx, auf der Grundlage der sogenannten Kleinen Koalition (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten) ein neues Kabinett zu bilden, und zwar unter Führung des Zentrums. Voraussetzung für dieses Kabinett, das allein über seine Mehrheit im Reichstag verfügt wäre, daß die sozialdemokratische Fraktion sich in wohlwollender Neutralität verhält. Bestimmte Aussagen hierüber sind von den Sozialdemokraten noch nicht zu erhalten, da deren Fraktionsleitung die Mitgliedschaft der Fraktion, die zum größten Teil auswärts weilen, erst am Freitag nachmittag telegraphisch zu einer Fraktionslösung gerufen hat. Herr Marx begab sich im Laufe des Nachmittags zur Besprechung der Lage zum Reichspräsidenten. Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Abendnummer vom Donnerstag, daß nach dem Scheitern des Kabinetts Stegerwald nur die Bildung einer Regierung übrig bleibe, die von der Sozialdemokratie unterstützt oder gebildet werde. Ob die Sozialdemokratie an der Regierung direkt beteiligt sein solle oder nicht, sei eine Frage zweiter Ordnung.

Schließlich hat der Vorsitzende des Zentrums Dr. Marx sich bereit erklärt, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Am Montag wird am Donnerstagabend mitgeteilt, daß der Reichspräsident den Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Dr. Marx

mit der Kabinettsbildung beauftragt

habe. Abg. Marx hofft, dem Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung unterbreiten zu können.

Den Blättern zufolge bemühte sich Marx bis in die Nachtstunden um die Bildung des Reichskabinetts. Er war dabei von dem Gedanken ausgegangen, eine Regierung zu bilden,

die sich in der Hauptsache auf die Parteien der Mitte stützt ohne eine eigentliche Koalitionsregierung zu sein, und die nicht ohne Verbindung nach rechts und links ist. Um eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen, hat sich Marx an den deutschnationalen Abgeordneten Schiele gewandt, um ihn zur Übernahme des Ernährungsministeriums zu bewegen. Schiele wird erst seine Antwort von der Entscheidung des Reichslandbundes abhängig machen. Ueber die weitere Besetzung des Kabinetts bestehen bis zur Stunde im wesentlichen nur Vermutungen. Die Mehrzahl der Blätter führt folgende voraussichtliche Ministerliste an: Reichsanwalt Marx, Zentrum, Wiesenthaler Dr. Jarres, Deutsche Volkspartei, Inneres Dr. Stresemann, Deutsche Volkspartei, Inneres Dr. Hamm (?), Demokrat, Finanzen der bisherige Finanzminister Dr. Luther (?), Deutsche Volkspartei, Post und telegraphische Angelegenheiten Dr. Hoffmann, Zentrum, Justiz Dr. Gumbinger, Bayerische Volkspartei, Arbeit der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Zentrum, Reichswehr der bisherige Reichswehrminister Dr. Gehler, Demokrat, Ernährung Dr. Schiele (?), Deutschnational. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums waren in späteren Abendstunden noch nicht abgeschlossen.

Sollte die Entwidlung den hier gekennzeichneten Weg gehen — und die Vermutung liegt nahe, daß es so ist, — so würde es sich wieder um eine „Mittelwegung“ handeln, die der eigentlichen Entscheidung schwachlich ausweicht.

Viel besser wäre es natürlich, wenn man endlich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen wolle und die Deutschnationalen mit der Kabinettsbildung betraute, noch dazu, wo diese sich am Donnerstag nachmittag dem Reichsanwalt ausdrücklich zur Verfügung gestellt haben. Einer Führung der Regierung durch die Deutschnationalen aber weicht der Reichspräsident aus leicht durchsichtigen Gründen mit Mänglichkeit aus.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu der neuen Reichsregierung macht der „Vorwärts“ abhängig von der Zusammenlegung und der Auflösung des Kabinetts, erklärt aber, es sei der Regierung Marx zu wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Geschäfte des Reiches solange zu führen, bis die Durchführung freier Reichstagswahlen im ganzen Reiche möglich ist. In der sozialdemokratischen Partei bestehe keine Neigung, mit dem alten Reichstag ohne zwingende Not neue Krisenexperimente zu machen.

Die Deutschnationalen an den Reichspräsidenten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Nach dem Austritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch erfordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung betraut worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf die verschiedenste Weise Versuche zur Neubildung einer Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reiches wie auch die seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verstärkt, daß eine Weiterhinauschiebung der Kabinettsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner überwogenen Mehrheit erwartet Anwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner ältesten Zusammenkunft nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung zur Aufhebung des Reichstages erteilen. Unter solchen Voraussetzungen helfen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.“

Eberts Antwort.

Der Reichspräsident hat auf den an ihn gerichteten Brief der deutschnationalen Reichstagsfraktion dem Führer der Fraktion, Ezzelen, folgendes Antwortschreiben übermittelt:

Sehr geehrte Excellenz!

In Erwiderung Ihres heutigen Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. In Ausübung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechtes habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meiste Aussicht auf eine schnelle Zusammenstellung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien; diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen. Wenn ich davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktion am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung gekommen bin, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Eurer Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kandidatur eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn Abgeordneten von Kardorff, der mit von den Fraktionsleitungen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorhag gebracht wurde, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Beachtung durch Männer ihres Vertrauens anzuweisen. Die Auffassung, daß jede Hinausziehung einer Kabinettsbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus; nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von allen bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verhandlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darauf habe ich heute nachmittag Herrn Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Marx mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.

In ausgezeichneter Hochachtung
ges. Ebert, Reichspräsident.

Der Beschluß des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages trat Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Aufhebung der großen Koalition in Preußen zu befassen. Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt:

„Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preussische Landtagsfraktion den Beschluß, ein Reichskabinett unter Hinausziehung der Deutschnationalen

Volkspartei zu bilden, als richtig an. Sie sieht aber einen sachlichen Grund als nicht gegeben, in der preussischen Regierung deshalb jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten.“

Diesem Standpunkt haben sich auch die übrigen bürgerlichen Fraktionen in Preußen angeschlossen.

Abschiedsbrief des Reichsfinanzministers.

„Die Verantwortung ist nicht mehr zu tragen.“ Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Nachdem der Reichsregierung am vorigen Freitag durch den Reichstag das Vertrauen verweigert war und sie daraus die verfassungsmäßige Forderung ihres Rücktritts gezogen hatte, sind die Mitglieder der zurückgetretenen Reichsregierung von Ihnen ersucht worden, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter zu führen. Ich bitte Sie, mich von der Weiterführung der Geschäfte mehr zu entbinden. Der Grund für diese meine Bitte liegt darin, daß angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reiches jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur geschäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getroffen werden können, weil es sich um Entscheidungen von höchster politischer Tragweite handelt. Besonders der Zeitpunkt, an dem die für das befehligte Gebiet zur Fortführung der Erwerbslosenfürsorge und Weiterleitung einiger anderer Zahlungen ausgeworfenen 100 Millionen Rentenmark erschöpft sind, rückt so nahe heran, daß

nur eine verantwortliche Reichsregierung

die erforderlichen Entschlüsse fassen kann. Durch den seitens des Reichstages herbeigeführten Rücktritt der Reichsregierung sind alle vorbereitenden außen- und innenpolitischen Schritte zur Regelung dieser überaus wichtigen, ihrem Wesen nach nur politisch zu lösenden Fragen ins Stocken gekommen. Auch die Zahlungen für die Zahlungskommission, die überaus hoch sind, laufen während dieser ganzen Zeit ohne Deckung durch den Ubergangshaushalt weiter, während die veranschlagten Zahlungen gerade dazu hätten dienen müssen, je nach den Richtlinien der Politik Verhandlungen oder andere Schritte auf diesem Wege einzuleiten. All diese Verabredung bedeutet obendrein für das befehligte Gebiet eine Fortdauer des bisherigen Zustandes der Unklarheit über das Ausmaß der Leistungen, die das Reich angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs überhaupt noch bewirken kann. Das befehligte Gebiet hat aber ganz gewiß ein Recht auf Klarheit.“

Für das finanzielle Weiterleben des Reiches, wenn auch auf schmaler Grundlage, ist es fern von entscheidender Bedeutung, daß im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen fließen. Die sachlichen Vorbereitungen für solche Einnahmestärkungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen, zum Abschluß gebracht. Der nunmehr dringend notwendige Entschluß über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit kann aber nicht gefaßt werden, weil eine politisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist. Auch alle Maßnahmen zur Ausgabebeschränkung, die erforderlich sind, erlangen bei der gegenwärtigen